

Tatsachen über Schweden

Herausgegeben vom Schwedischen Institut

März 1999

Klassifizierung: TS 1 s Qad

Die schwedische Wirtschaft

Mit einem Areal von 450 000 km² ist Schweden eines der flächenmäßig größten Länder in Westeuropa. Seine Bevölkerungsdichte ist jedoch ziemlich niedrig. 1998 hatte Schweden 8,9 Millionen Einwohner.

Wie andere kleine Industrieländer ist auch Schweden stark vom internationalen Handel abhängig, um Produktivität und Lebensstandard auf hohem Niveau aufrechtzuerhalten. 1998 machte die Ausfuhr 45% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus.

Die wichtigsten Exportmärkte liegen in Westeuropa. Mehr als die Hälfte der schwedischen Ausfuhr geht in die Länder der Europäischen Union (EU). Wichtige Exportmärkte sind auch die nordischen Nachbarn Finnland und Norwegen. Obwohl diese Länder einschl. Dänemark zusammen nur eine Bevölkerung von 14–15 Millionen Einwohnern haben, nehmen sie etwa ein Fünftel der schwedischen Ausfuhr ab.

Schweden ist ein verhältnismäßig kleines Land, aber seine Volkswirtschaft ist ungewöhnlich stark diversifiziert. Traditionelle Industriezweige, die sich auf die beiden wichtigsten Rohstoffquellen (Eisenerz und Holz) stützen, spielen immer noch eine wichtige Rolle. Die metallverarbeitende Industrie und verschiedene hochtechnologische Branchen haben jedoch an Bedeutung gewonnen. Wenige andere Länder von der Größe Schwedens haben eine eigene Luftfahrt- und Kernkraftindustrie und dazu zwei einheimische Kraftfahrzeughersteller, eine hochentwickelte Rüstungsindustrie, eine spitzentechnologische Telekommunikationsindustrie sowie zwei größere Arzneimittelkonzerne.

Es ist offenbar, daß die Entwicklung einer derart fortschrittlichen und differenzierten Industriestruktur nicht möglich gewesen wäre, wenn ihre Produkte nur auf dem einheimischen Markt verkauft worden wären. Durch Expansion im Ausland waren die schwedischen Unternehmen in der Lage, die Kosten für Forschung und Entwicklung auf ein größeres Produktionsvolumen zu verteilen und dadurch leistungsfähige Nischen zu schaffen.

Ein weiteres besonderes Merkmal der schwedischen Wirtschaft ist die verhältnismäßig umfangreiche Produktion von Dienstleistungen und auch von Waren in gewissem Umfang in öffentlicher Regie. Die Expansion des öffentlichen Sektors hat nicht nur zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geführt, sondern war auch Voraussetzung für eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen. Dabei war die Einrichtung öffentlicher Kinderbetreuung von besonderer Bedeutung.

Die hohe Erwerbsquote der Frauen brachte eine verhältnismäßig kurze Durchschnittsar-

beitszeit pro Woche mit sich. Normalerweise versteht man unter Ganztagsbeschäftigung die 40-Stunden Woche. In Schweden beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit jedoch weniger als 37 Stunden. Knapp 60% der Frauen haben eine Ganztagsbeschäftigung.

Wichtige Tendenzen 1980–1998

Wie viele andere hochentwickelte Industrieländer hat Schweden in den letzten Jahrzehnten eine Periode mit geringerem Wachstum hinnehmen müssen. Von 1980 bis 1990 ist das schwedische BIP durchschnittlich um 2% pro Jahr gewachsen, was mit 3,3% in den 50er Jahren und 4,6% in den 60er Jahren zu vergleichen ist.

Während der 80er Jahre hielt sich das Wirtschaftswachstum in Schweden auf etwa der gleichen Höhe wie im übrigen Westeuropa. In einer Reihe von Bereichen entwickelte sich Schweden jedoch unterschiedlich. Die Arbeitslosigkeit verblieb in Schweden niedrig, während sie in einer Reihe von anderen Ländern auf hohem Niveau verharrte. Preise und Löhne stiegen in Schweden weitaus schneller als sonstwo. Die schwedische Leistungsbilanz wies weiterhin große Defizite auf.

Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang, daß das schwedische Produktionswachstum in den 80er Jahren in größerem Ausmaß als in anderen westeuropäischen Ländern durch höhere Beschäftigung hervorgebracht wurde. Die Produktivität, d.h. Produktion/Arbeitsstunde stieg nur mäßig.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre führte die Kombination von starker Nachfragesteigerung, geringer Produktivitätsverbesserung und verhältnismäßig niedriger Ausgangsarbeitslosigkeit zu deutlichen Engpassproblemen. Mit wachsender Überhitzung in der Wirtschaft verstärkten sich Kosten- und Inflationsprobleme. Das hatte für die schwedische Exportwirtschaft Verluste von Marktanteilen und schwächere Gewinnentwicklung zur Folge.

Zwischen 1990 und 1993 nahm das BIP um 5% ab. Gleichzeitig sank die Beschäftigung mit nahezu 10%. Ende 1993 betrug die offizielle Arbeitslosigkeit 8%, mehr als doppelt so hoch als jemals zuvor in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Darüber hinaus nahmen mehr als 7% der Erwerbsbevölkerung an verschiedenen, von der Regierung geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Schulungsprogrammen teil. Der Produktionsrückgang und Anstieg der Arbeitslosigkeit führte zu einem sichtbaren Verfall im öffentlichen Finanzwesen. Innerhalb weniger Jahre verwandelte sich ein Überschuß von 4,2% des BIP (1990) in ein Defizit von 12,3% (1993).

Zeitlich trafen die wirtschaftlichen Rückschläge in Schweden mit einer internationalen Rezession zusammen. Der Produktions- und Beschäftigungsrückgang in Schweden war jedoch größer als in anderen vergleichbaren Ländern. Zu dieser Entwicklung trugen eine Reihe von einheimischen Faktoren bei. Von zentraler Bedeutung war der Übergang von hohen zu niedrigen Inflationsraten.

Nach der Rezession von 1991–1993 kam es zu einer merkbaren Erholung der Wirtschaft. 1994 stieg das BIP mit 3,3% und 1995 mit 3,9%. Das Wirtschaftswachstum für 1998 lag den Berechnungen zufolge bei 2,9%. Hinter dem aktuellen Produktionsanstieg steht ein ansehnliches Exportwachstum. Die Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen Industrie ist enorm gestiegen, u.a. aufgrund des Wertverlustes der schwedischen Krone in den Jahren 1992/93.

Auch die Investitionen steigen in starkem Maße an. Der Aufschwung ist besonders in der Industrie spürbar, nicht zuletzt infolge des ausgeprägten Wachstums der Ausfuhr. Die Entwicklungstendenz ist auch im Bereich der Investitionen im privaten Dienstleistungsbereich steigend. Der Bau von Bürohäusern und Wohnungen hat sich dagegen weitaus weniger entwickelt.

Verbesserte Staatsfinanzen, niedrigere Zinssätze, steigende Vermögenswerte und zunehmend positive Zukunftserwartungen haben dazu geführt, daß die privaten Haushalte ihr Sparen verringert haben. Die Haushaltseinkommen haben sich infolge der straffen Finanzpolitik während einer Reihe von Jahren verschlechtert, der private Verbrauch ist dennoch angestiegen. Am meisten ist der Aufschwung bei der Konsumtion von Kapitalwaren zu spüren.

Das schwedische Wirtschaftswachstum ist allein im privaten Sektor entstanden. Im öffentlichen Sektor hat die schwache Finanzlage zu bedeutenden Kürzungen sowohl bei den staatlichen Ausgaben als auch bei der Zahl der Angestellten geführt. Das Produktionswachstum im privaten Sektor wurde im großen und ganzen durch höhere Produktivität und den Anstieg der Arbeitsstunden pro Beschäftigte verursacht. Der Anstieg der Zahl der Angestellten reichte jedoch nicht aus, um die im öffentlichen Sektor durchgeführten Kürzungen zu kompensieren. Die Gesamtbeschäftigung blieb deshalb in der Zeit von 1994 bis 1997 nahezu unverändert. 1998 ist die Zahl der Beschäftigten jedoch spürbar gestiegen.

Der Wirtschaftsabschwung der frühen 90er Jahre und die andauernde hohe Arbeitslosigkeit haben zu einer weitverbreiteten Diskussion über die Funktionstauglichkeit des schwedischen Arbeitsmarktes geführt. Diskussionspunkte von besonderem Interesse waren Lohn/Gehaltsbildung, Arbeitsrecht und die Möglichkeit der Einführung verschiedener Arten von Steuervergünstigungen zur Förderung privater Dienstleistungen. Staatliche Untersuchungskommissionen haben eine Reihe von Studien vorgelegt, die bisher jedoch nicht zu Gesetzesänderungen geführt haben. In der Diskussion haben sich hauptsächlich zwei Denkrichtungen herauskristallisiert. Die eine, die vor allem vom Schwedischen Gewerkschaftsbund (*Landsorga-*

Nachfrage und Produktion 1980–1998, Veränderung des Volumens in %

| | 1980–1990 | 1990–1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 |
|------------------------|-----------|-----------|------|------|------|------|------|
| BIP | 2,0 | -1,6 | 3,3 | 3,9 | 1,3 | 1,8 | 2,9 |
| Import | 3,6 | -2,1 | 13,2 | 11,7 | 3,7 | 11,7 | 11,0 |
| Privater Verbrauch | 1,5 | -1,2 | 1,8 | 0,8 | 1,3 | 2,0 | 2,6 |
| Öffentlicher Verbrauch | 1,6 | 1,0 | -0,7 | -0,9 | -0,2 | -2,1 | 1,9 |
| Investitionen | 2,8 | -14,2 | 12,0 | 13,6 | -3,0 | -0,6 | 11,1 |
| Export | 4,1 | 2,5 | 14,0 | 12,6 | 6,1 | 12,8 | 7,3 |



nisationen i Sverige, LO) vertreten wird, besagt, daß die schwedische Arbeitslosigkeit das Resultat unzureichender einheimischer Nachfrage ist. Die andere Denkrichtung, an der vor allem der Schwedische Arbeitgeberverband (*Svenska Arbetsgivareföreningen, SAF*) und die meisten der nichtsozialistischen politischen Parteien festhalten, besagt, daß die Arbeitslosigkeit allein durch eine Änderung im Funktionieren des Arbeitsmarktes reduziert werden könne.

Industrie

Bis zur Mitte der 70er Jahre konnte die schwedische Wirtschaft eine außergewöhnlich hohe Wachstumsrate aufweisen, die nur von Japan übertroffen wurde. Wichtigste Ursache des jahrelang andauernden Wachstums war die Entwicklung der schwedischen Industrieunternehmen. Diese hatten frühzeitig die Bedeutung der Anwesenheit auf ausländischen Märkten erkannt. Die lokale Anwesenheit erleichtert die Vergrößerung des Marktanteils, während Kosten und Risiken über ein größeres Verkaufsvolumen verteilt werden können.

Die schwedische Wirtschaft ist heute in hohem Ausmaß von einer begrenzten Zahl sehr großer internationaler Unternehmen abhängig.

Die Konzentration der Industrieproduktion auf eine kleine Zahl sehr großer Unternehmen ist eine der Ursachen für das verhältnismäßig hohe Niveau der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Schweden. Schwedische multinationale Unternehmen gehören zu den forschungsintensivsten in der Welt. Im Laufe der Jahre ist der größte Teil der Forschungstätigkeit in Schweden geleistet worden.

Von Mitte 1989 bis Ende 1993 ging die Zahl der Beschäftigten in der Herstellungsindustrie in Schweden um 260 000 zurück, d.h. daß jeder vierte Industriearbeitende in dieser Zeit seinen Arbeitsplatz verloren hat. Es sollte hervorgehoben werden, daß dieser Rückgang nicht durch eine entsprechende Produktionsausweitung bei schwedischen Unternehmen in anderen Ländern ausgeglichen wurde.

Der starke Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Industrie muß dagegen im Zusammenhang mit der Schrumpfung der Unternehmen und einer dramatischen Abnahme der Investitionsausgaben gesehen werden. Die schwedische Industrieproduktion ging zwischen 1990 und 1992 um 10% zurück, hat seitdem jedoch wieder stark zugenommen. 1998 lag die Industrieproduktion um 30% höher als 1990.

Die äußerst starke Verbesserung der Produktivität, niedrigere Arbeitgeberabgaben zur Sozialversicherung und die de-facto-Abwertung der schwedischen Krone im November 1992 führten zu einer entscheidenden Verbesserung der Kostenlage in Schweden. Kräftige Exportsteigerungen brachten eine merkbare Verbesserung der Gewinne in der Industrie. Auch im internationalen Vergleich konnten die schwedischen Unternehmen jetzt ein hohes Gewinnniveau vorzeigen. Der schnelle Anstieg der Industrieproduktion begann zu Engpässen zu führen. Zwischen 1993 und 1996 verdoppelten sich die Investitionen in der Industrie.

Baugewerbe und Immobilienmarkt

Einer der Sektoren, der von den wirtschaftlichen Rückschlägen der letzten Jahre am härtesten getroffen wurde, war das Baugewerbe. Zwischen 1990 und 1994 sank die Zahl der Beschäftigten in den verschiedenen Bereichen des Baugewerbes mit 25%, was einem Verlust von etwa 100 000 Arbeitsplätzen entspricht.

Dieser gewaltige Rückgang ist weitgehend durch die Expansion Ende der 80er Jahre zu erklären. Die schnell anwachsende Nachfrage nach Gewerbeflächen und Wohnungen trug zu einer äußerst schnellen Inflation der Mieten und Immobilienpreise bei. Die Erwartung des weiteren Anstiegs der Nachfrage beschleunigte die Expansion des Baugewerbes. Als der Abschwung kam und die Nachfrage nachließ, gab es einen großen Überschuß an Immobilien, wodurch die Mieten und Preise sanken.

Der Markt für Gewerbeflächen und Immobilien gehört zu den Märkten, die am einschneidendsten von der Umstrukturierung betroffen sind, die die schwedische Volkswirtschaft jetzt durchmacht. Es herrscht immer noch ein beträchtliches Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Obwohl die Mieten gesenkt wurden und die Neubautätigkeit gering ist, sind zahlreiche Gebäude nach wie vor unvermietet.

Das Tief in der Baukonjunktur scheint jetzt überwunden zu werden. Niedrige Zinssätze, steigende Immobilienpreise, ein befriedigendes einheimisches Wachstum der Nachfrage und staatliche Investitionsprogramme sind Faktoren, die zu einer wachsenden Bautätigkeit beitragen. Die Produktion im Baugewerbe lag 1998 20% unter dem Niveau von 1990.

Private Dienstleistungen

Der private Dienstleistungssektor nahm in den 80er Jahren stark an Bedeutung zu und seine relative Bedeutung ist auch während der ersten Hälfte der 90er Jahre gewachsen. Zwar ist die Dienstleistungsproduktion zwischen 1992 und 1993 markant zurückgegangen, doch später hat sie sich beachtlich erhöht. Auch der Rückgang der Beschäftigung war im Dienstleistungsbereich weniger ausgeprägt als in anderen Wirtschaftssektoren. Obwohl die Produktion erheblich gestiegen ist, hat die Beschäftigung im privaten Dienstleistungssektor lange gebraucht, um sich zu erholen. Der Beschäftigungsgrad erreichte 1998 das Niveau von 1990.

Die Entwicklung ist jedoch von Bereich zu Bereich verschieden. Der Gebrauchsgüterbereich, der Gütertransport und das Hotel- und Restaurantgewerbe wurden von der Rezession stark betroffen. Die Liberalisierung der Postdienste, der Telekommunikation und der Zivilluftfahrt führte zu zahlreichen Entlassungen. Weniger konjunkturabhängige Geschäftszweige wie der Einzelhandel mit Waren des täglichen Bedarfs meldeten dagegen nur geringen Rückgang. Eine Reihe von dienstleistungsorientierten Geschäftszweigen haben weiterhin an Bedeutung gewonnen. Eine Erklärung dafür ist, daß Aufgaben, die bisher vom öffentlichen Sektor wahrgenommen wurden, in zunehmendem Umfang privatisiert wurden.

Beschäftigung und Arbeitskräfteangebot in % der Bevölkerung von 16 bis 64 Jahren

| | 1990 | 1998 |
|---|-------|-------|
| Beschäftigte | 82,6 | 71,6 |
| Arbeitslose | 1,4 | 5,0 |
| Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsprogrammen | 0,7 | 2,3 |
| Sonstige | 15,3 | 21,1 |
| Insgesamt | 100,0 | 100,0 |

Die Liberalisierung des Kreditmarktes führte Ende der 80er Jahre zu einer raschen Ausweitung der finanziellen Dienstleistungen. Die vom Zusammenbruch des Immobilienmarktes verursachten enormen Kreditverluste führten später zu einem bedeutenden Strukturwandel und zur Rationalisierung der finanziellen Dienstleistungen, insbesondere im Bankgeschäft.

1997 und 1998 ist die Produktion in so gut wie allen Bereichen des privaten Dienstleistungssektors gestiegen. Die Gesamtproduktion im privaten Dienstleistungsbereich stieg 1998 mit 3,7% und die Beschäftigung mit 2,5%.

Öffentliche Dienstleistungen und öffentlicher Verbrauch

Der öffentliche Sektor in Schweden besteht aus Behörden auf Zentral-, Provinzial- und Kommunalebene (wie z.B. Provinziallandtage und Gemeinderäte) und dem Sozialversicherungssektor. In der Zeit von 1950 bis 1980 sind öffentliche Dienstleistungen und Ausgaben stark gewachsen. Der öffentliche Verbrauch stieg von 12,5% auf 29,3% des BIP. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stieg um fast eine Million.

In den 80er Jahren ist der öffentliche Sektor langsamer gewachsen. Die öffentlichen Ausgaben sind auf 27,4% des BIP zurückgegangen. Dagegen ist die Zahl der Angestellten im öffentlichen Sektor um mehr als 100 000 Personen gestiegen.

Die Rezession in der schwedischen Wirtschaft von 1990 bis 1993 führte zu einer merkbareren Kürzung der Einnahmen des öffentlichen Sektors. Gleichzeitig nahmen die Transferzahlungen an Haushalte und Unternehmen zu, wodurch für öffentliche Dienste und Ausgaben weniger Geld blieb.

In den letzten Jahren wurden weitreichende finanzielle Kürzungen und Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, insbesondere im kommunalen Sektor. Diese Tendenz hat eine allgemeine Kürzung der Stellen für Angestellte im öffentlichen Dienst mit sich gebracht. Die Zahl der Beschäftigten in Ämtern und Behörden dürfte 1994 auf den Stand von 1980 zurückgegangen sein. Seither ist die Zahl der Angestellten im öffentlichen Sektor und der Umfang der öffentlichen Ausgaben weiter gesunken. Zwischen 1995 und 1997 sank die Zahl der Angestellten um weitere 64 000.

Im Jahr 1997 beschloß der Reichstag eine Erhöhung des Staatsbeitrages an die Kommunen. Im Frühjahr 1998 wurden weitere Zuschüsse beschlossen. Im Zeitraum 1997-2000 werden die Staatsbeiträge nach und nach um 20 Milliarden schwedische Kronen erhöht. Der jährliche Zuschuß bedeutet eine Aufstockung der Einkommen der Gemeinden um über 5%. Die höheren Staatsbeiträge sollen weitere Kürzungen verhindern und an ihrer Stelle Spielraum für verstärkte Einsätze in den kommunalen

Beschäftigung sektorenweise 1970-1998, in % der Gesamtbeschäftigung

| | 1970 | 1980 | 1990 | 1998 |
|--------------------------------------|------|------|------|------|
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 7,6 | 5,2 | 3,5 | 3,0 |
| Bergbau und Industrie | 28,6 | 24,8 | 21,0 | 20,6 |
| Strom-, Gas- und Wasserversorgung | 0,9 | 1,0 | 0,9 | 0,9 |
| Hoch- und Tiefbau | 9,9 | 8,1 | 7,7 | 5,9 |
| Private Dienstleistungen | 34,5 | 34,1 | 39,0 | 42,7 |
| Öffentlicher Dienst | 18,5 | 26,8 | 27,9 | 26,9 |



Aufgabenbereichen Schule, Altenpflege und Betreuung schaffen.

Arbeitsmarkt

Viele Jahre lang hatte Schweden eine der höchsten Erwerbsquoten in der ganzen Welt. Während die Arbeitslosigkeit in anderen Ländern nach den Erdölkrisen der 70er Jahre weiter anstieg, blieb Schweden eine echte Ausnahme. Der Prozentsatz der Bevölkerung von 16 bis 64 Jahren, der einer bezahlten Arbeit nachging, stieg von etwa 70% zu Anfang der 50er Jahre auf 82,6% im Jahr 1990. Die andauernde Expansion des öffentlichen Sektors war eine wichtige Ursache dieser Entwicklung. Seit 1950 fand das gesamte Beschäftigungswachstum im öffentlichen Sektor statt.

Soweit man die Entwicklung in den 90er Jahren überblicken kann, hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt drastisch verändert. Schwedens Spitzenposition ist Geschichte geworden. Zwischen 1990 und 1994 schrumpfte die erwerbstätige Bevölkerung mit mehr als einer halben Million Menschen. Daraus folgte ein Rückgang der Erwerbsquote auf 77,6%. Der Prozentsatz der erwerbstätigen Bevölkerung mit bezahlter Arbeit ging auf 71,5% zurück.

Der Rückgang der bezahlten Erwerbstätigkeit hat seine Entsprechung in einer beträchtlich höheren Arbeitslosenquote. 1994 betrug die registrierte Arbeitslosigkeit insgesamt 8,0%, was mit 1,7% im Jahre 1990 zu vergleichen ist. Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit war jedoch bedeutend geringer als der Rückgang der Beschäftigung, da viele, die ihre Arbeit verloren hatten, in Arbeitsbeschaffungsprogramme überführt wurden, eine Ausbildung oder ein Studium begannen oder in Frührente gingen.

Die Situation auf dem schwedischen Arbeitsmarkt änderte sich nicht wesentlich zwischen 1995 und 1997. Obwohl das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt dieser Jahre 2,3% erreichte, nahm die Beschäftigung nicht zu. Beschäftigung und Erwerbsquote verblieben auf unverändert niedrigem Niveau (siehe Tabelle). 1996 betrug die offizielle Arbeitslosigkeit 8,0% der Erwerbsbevölkerung. Wenn man die Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsprogrammen mitrechnet, betrug die Gesamtarbeitslosigkeit 12,3%.

1998 verbesserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt schrittweise. Die registrierte Arbeitslosigkeit ging deutlich zurück, zum Teil aufgrund der Schaffung neuer Arbeitsplätze, aber auch aufgrund weiterer Ausbildungsplätze in der kommunalen Erwachsenenbildung und in der höheren Ausbildung. Im Zeitraum 1997-2000 werden ca. 60 000 neue Arbeitsplätze im Hochschulwesen und 140 000 in der kommunalen Erwachsenenbildung und Berufsausbildung bereitgestellt — die Initiative Erwachsenenbildung der Regierung. Dieses Programm ist Bestandteil der Bemühungen der Regierung, die Arbeitslosigkeit von 8 auf 4% bis zum Jahr 2000 zu senken.

Sozialleistungen und öffentliche Finanzen

Im Vergleich zu anderen Ländern ist Schweden durch eine relativ gleichmäßige Verteilung von Einkommen und Wohlstand gekennzeichnet. Dies ist zum Teil auf die vergleichsweise große Bedeutung des öffentlichen Sektors zurückzuführen. Behörden und öffentliche Einrichtungen beschäftigen ein Drittel der Erwerbsbevölkerung. Ihr Verbrauch und ihre Investitionsaufwendungen nehmen 27% des BIP in Anspruch. Weitere 35% werden via Transferzahlungen umverteilt.

Ein umfangreicher Anteil der öffentlichen Ausgaben besteht aus Transferzahlungen an die Haushalte. Der schwedische Staat zahlt Grundrenten, Kindergeld und Wohngeld. Über das Sozialversicherungssystem werden nach dem Einkommen berechnete Zusatzrenten sowie Krankengeld, Ausfallgeld bei Elternurlaub und Arbeitslosengeld gezahlt. Die Gemeinden zahlen Sozialhilfe an Menschen, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt.

Wirtschaftskennzahlen, 1998

Table with 2 columns: Kennzahl and Wert. Includes Sparquote der Haushalte (1,2), Bilanz des Staatshaushalts (3,2), Leistungsbilanz (2,1), and Arbeitslosenquote (6,5).

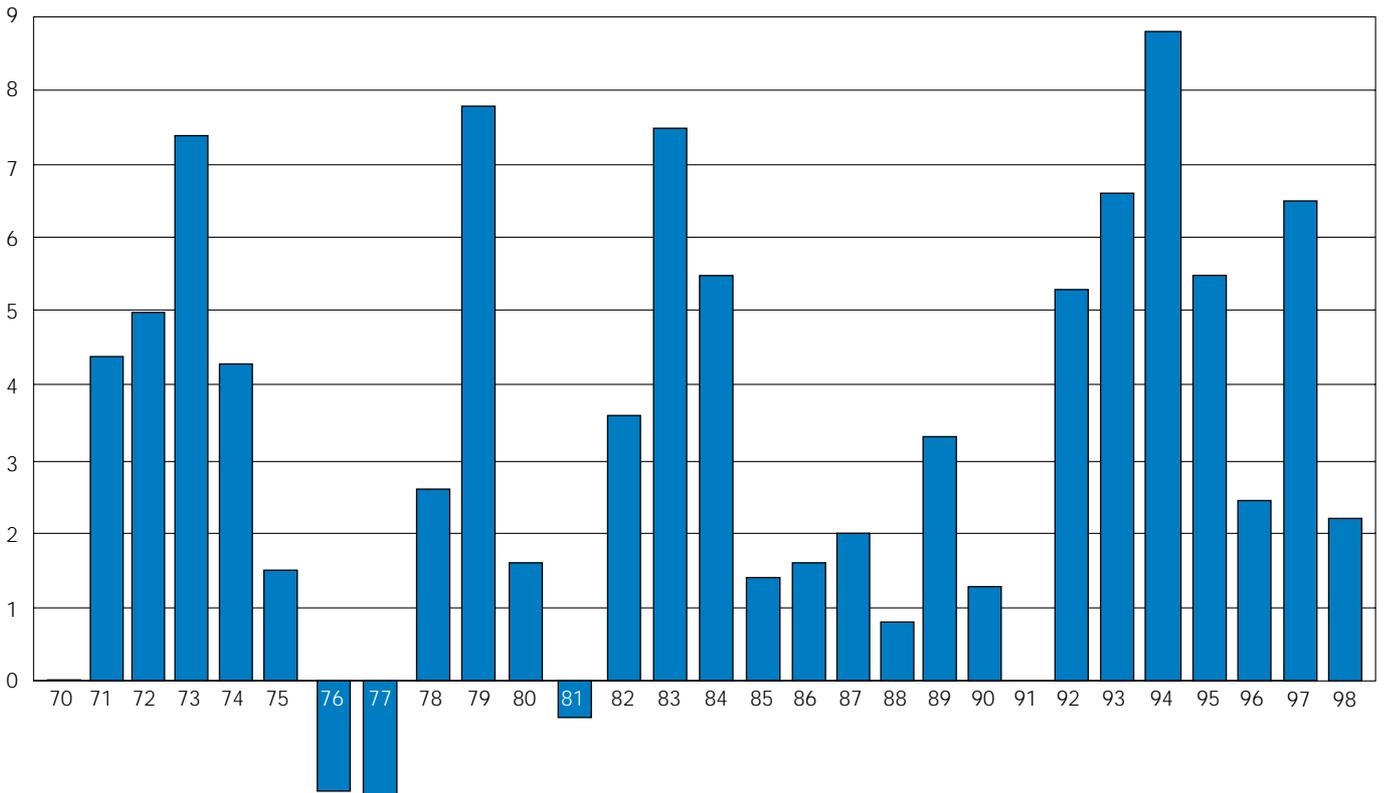
Charakteristisch für die schwedische Sozialversicherung ist, daß sie für alle gilt und eine Pflichtversicherung ist, die so konstruiert ist, daß sie den Lebensstandard gewährleistet. Sie wird hauptsächlich aus Steuern und Sozialabgaben der Arbeitgeber finanziert.

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat zu einer beträchtlichen Senkung der Haushaltseinkommen aus Erwerbstätigkeit geführt. Preisbereinigt ging das Gesamteinkommen von Angestellten und Unternehmern von 1990 bis 1993 um 16% zurück. Bisher war das soziale Netz in Schweden ausreichend, um die Auswirkungen dieser Einkommensverluste zu mildern. Die Transferzahlungen der öffentlichen Hand in Form von Arbeitslosengeld und Renten sind stark angestiegen. Insgesamt hat das verfügbare Realeinkommen der Haushalte von 1990 bis 1993 mit 4,7% zugenommen. Gleichzeitig trug diese Entwicklung zu einer hastig zunehmenden Verschlechterung der öffentlichen Finanzen bei.

Wirtschaftspolitik

In der letzten Zeit änderte sich die Wirtschaftspolitik in vielerlei Hinsicht. Die Regierungen der letzten Jahre haben größere Strukturformen durchgeführt, was zu einer Richtungsänderung der Steuer- und Währungspolitik führte. Diese Veränderungen hängen sowohl mit der

Produktivität in der Industrie, 1970-1998, Prozent





Rezession der letzten Jahre als auch mit der Entwicklung während der 80er Jahre zusammen.

Strukturreformen

Besonders die Strukturreformen sollten vor dem Hintergrund der relativ geringen Produktivitätszunahme und der hohen Inflationsrate betrachtet werden, die für die 80er Jahre kennzeichnend waren. Die Regierungen haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern.

Die 1990–1991 durchgeführte Steuerreform sollte vor allem den Arbeitseinsatz und die Sparneigung anregen. Sie enthielt eine Senkung der Spitzensteuersätze der Einkommensteuer und führte eine einheitlichere Kapitalbesteuerung ein.

Eine andere wichtige politische Richtungsänderung war der Beschluß Schwedens, der Europäischen Union beizutreten. Schweden stellte einen entsprechenden Antrag 1991 und wurde am 1.1.1995 vollwertiges EU-Mitglied.

Vor einiger Zeit wurde ein neues Wettbewerbsgesetz verabschiedet und gleichzeitig eine Reihe von Handelshindernissen, die schwedische Waren und Dienstleistungen berührten, abgeschafft oder geändert. Diese betreffen Branchen wie das Baugewerbe, die Landwirtschaft, das Taxigewerbe und die Zivilluftfahrt. Verschiedene staatliche Unternehmen sind dabei, ihr Monopol zu verlieren, während ein neues System für Staatszuschüsse den Gemeinden und Provinziallandtagen größere Anreize gibt, ihre Tätigkeit dem Wettbewerb zu öffnen und wirksamere Arbeitsmethoden einzuführen.

Teile des Sozialversicherungssystems wurden reformiert. Die Höchstsätze für abzugsfähige Versicherungsbeiträge (Eigenversicherungsbeiträge) sind angehoben und Versicherungsleistungen gesenkt worden. Die vorherige nichtsozialistische Regierung hatte bereits einen Entwurf für ein neues Rentensystem vorgelegt, das eine weitreichende Kopplung zwischen eingezahlten Gesamtbeiträgen und ausbezahlten Renten beinhaltet.

1980 hatte sich das schwedische Volk im Rahmen eines Referendums für den Abbau der Kernkraft in Schweden entschieden. Anfang 1997 trafen Sozialdemokraten, die zu der Zeit in Regierungsstellung waren, die oppositionelle Zentrumspartei und die Linkspartei eine energiepolitische Vereinbarung, die u.a. die Stilllegung von zwei Kernkraftreaktoren in Barsebäck an der schwedischen Südwestküste forderte. Der erste Reaktor sollte vor dem 1.7.1998 und der zweite vor dem 1.7.2001 abgeschaltet werden. Die Tatsache, daß im Gegensatz zu früheren energiepolitischen Beschlüssen, kein definitives Endjahr für den Austritt aus der Kernkraft genannt wurde, kann als ein Wechsel in der Energiepolitik bewertet werden. Inhalt des Übereinkommens ist die Forderung nach einem weiteren Abbau der Reaktoren vor Ende der nächsten Legislaturperiode, d.h. nicht spä-

ter als 2002. Am 1.Mai 1998 verfügte der Oberste Verwaltungsgerichtshof ohne weitere Bedingungen die Verschiebung der Durchführung des Regierungsentscheids über die Schließung eines Reaktors in der Kernkraftanlage Barsebäck vor Juli 1998.

Steuerpolitik

Die Rezession der letzten 5 Jahre hat zu einer beachtlichen Verschlechterung der Staatsfinanzen geführt. Die Steuereinnahmen sind gesunken, während die Ausgaben stark gestiegen sind. 1989 verzeichnete der öffentliche Sektor in Schweden einen finanziellen Überschuß von 5,4 % des BIP, dem höchsten unter allen 24 Mitgliedstaaten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). 1993 hatte sich der Überschuß in ein Defizit in Höhe von 12,3% des BIP verwandelt, dieses Mal das größte Defizit unter allen OECD-Ländern.

Die ausgeprägte Verschlechterung der Staatsfinanzen war eine wichtige Ursache für den zunehmenden Vertrauensverlust in den Wert der schwedischen Krone im Spätsommer 1992. Im Herbst wurde die Lage akut. Die bürgerliche Koalitionsregierung verständigte sich mit der größten Oppositionspartei, den Sozialdemokraten, und zusammen entwickelten diese ein Reformpaket zur Verbesserung der öffentlichen Finanzen. Es enthielt u.a. Erhöhungen der Verbrauchssteuern und Kürzungen der Transferzahlungen an die Haushalte.

Aufgrund der andauernden Verschlechterung der öffentlichen Finanzen legte die bürgerliche Koalitionsregierung weitere Reformentwürfe mit dem Ziel vor, die Ungleichgewichte in den Griff zu bekommen. Im Oktober 1994 kamen die Sozialdemokraten in Regierungsstellung und legten ein Vierjahresprogramm mit konkreten Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Finanzen vor. Ziel des Programms waren Einsparungen bei den Ausgaben einerseits und Erhöhungen der Staatseinnahmen andererseits in Höhe von insgesamt 118 Milliarden SEK, gleichbedeutend mit 7,5% des BIP. Die Regierung hat zu ihrem Ziel erklärt, die schwedischen Staatsfinanzen im Jahr 1998 ins Gleichgewicht zu bringen.

Es zeigt sich heute, daß die Anstrengungen der schwedischen Regierung, Ordnung in die öffentlichen Finanzen zu bringen, wie geplant verlaufen. 1998 wies der öffentliche Sektor Berechnungen zufolge einen finanziellen Überschuß von 3,2% des BIP auf.

Gleichgewicht in die öffentlichen Finanzen zu bringen, ist ein wichtiges Teilziel der sozialdemokratischen Regierung. Es wurden auch Maßnahmen ergriffen, die öffentlichen Finanzen langfristig zu stärken. Dazu wurden zwei haushaltspolitische Ziele aufgestellt. Das eine gilt der Höhe der zukünftigen Ausgaben der öffentlichen Hand (Ausgabendecke) und ist ein Bestandteil des neuen Haushaltprozesses, in dem die Regierung mit dem Zusatzaushalt im

Frühjahr eine nominelle Ausgabendecke für die kommenden drei Jahre vorschlägt. Das zweite Ziel betrifft das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Sektors (Sparen). Langfristig (ab dem Jahr 2000) sollen die öffentlichen Finanzen einen Überschuß aufweisen, der 2% des BIP entspricht.

Währungs- und Wechselkurspolitik

In den letzten 120 Jahren — mit Ausnahme von kurzen Unterbrechungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen — hatte die schwedische Währung mehr oder weniger feste Wechselkurse mit ausländischen Währungen. Am 19. November 1992 sah sich die schwedische Zentralbank (*Sveriges Riksbank*) jedoch gezwungen, die festen Wechselkurse aufzugeben und die schwedische Krone floaten zu lassen.

Infolge des Übergangs zu variablen Wechselkursen mußte auch die Währungspolitik ihre Richtung ändern. Die Marktoperationen der Zentralbank sind seit 1995 darauf gerichtet, die Inflationsrate unter einem Höchstwert zu halten, der als jährliche 2% des Verbraucherpreisindex (CPI) definiert wird, und eine maximale Abweichung von einem Prozentpunkt haben kann.

Nachdem Schweden zu variablen Wechselkursen übergegangen ist, verlor die schwedische Krone unmittelbar etwa 20% an Wert. Die schwedischen Zinssätze sind auch sofort heruntergegangen, was mit dem gleichzeitigen Zinsfall im übrigen Europa übereinstimmt. Aber es hat sich auch gezeigt, daß die Inflationserwartungen geringer geworden sind.

Die Inflation in Schweden hat sich inzwischen, sowohl historisch wie im internationalen Vergleich gesehen, auf einer sehr niedrigen Ebene eingespielt. In den Jahren 1994 und 1995 stieg der Index der Verbraucherpreise mit einer Jahresrate von 2–3%. Danach lag die Inflation weit unter 2%.

Seit dem Frühjahr 1997 wird in Schweden heftig diskutiert, ob das Land an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) teilnehmen soll. Die schwedische Regierung hat inzwischen ihre Stellung zur EWWU definiert und will 1999 noch nicht an der Zusammenarbeit teilnehmen. Der schwedische Reichstag hat beschlossen, daß Schweden den Euro nicht einführt, wenn die dritte Phase der Union beginnt. Damit nimmt Schweden an der Union nicht von Beginn an teil. Nach Auffassung der schwedischen Regierung sollte Schweden zu einem späteren Beitritt bereit sein, die endgültige Entscheidung müsse jedoch vom schwedischen Volk getroffen werden. Die größte Oppositionspartei, die bürgerliche Moderate Sammlungspartei, möchte dagegen eine baldige schwedische EWWU-Beteiligung herbeiführen.

1 SEK (schwedische Krone) = ca. 0,21 DEM bzw. 1,5 ATS bzw. 0,18 CHF

Das Schwedische Institut (SI) ist eine staatliche Einrichtung mit dem Auftrag, im Ausland über Schweden zu informieren. Es gibt in zahlreichen Sprachen eine breite Palette von Veröffentlichungen über verschiedene Aspekte der schwedischen Gesellschaft heraus.

Dieser Tatsachenbericht ist Teil des Informationsdienstes des SI und darf unter Angabe der Quelle als Hintergrundinformation verwendet werden.

Für nähere Auskünfte wenden Sie sich bitte an

die Schwedische Botschaft bzw. das Schwedische Konsulat in Ihrem Land, oder das **Schwedische Institut**: Box 7434, SE-103 91 Stockholm, Schweden. Besuchsadresse: Sverigehuset (Schweden-Haus), Hamngatan/Kungsträdgård, Stockholm. Tel: + 46-8-789 20 00 Fax: + 46-8-20 72 48 E-mail: order@si.se Internet: www.si.se



Schwedisches
Institut